# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kuttner, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5 Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung vierteljährlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. Januar 1932.



Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam


## Auch eine Antwort.

SPD. Seit dem Austausch von Staatsschriften zwischen dem Reichskanzler und dem Chef des nationalsozialistischen Bandenunternehmens Hitler hat sich in dem Organ der Nationalsozialistischen Partei eine bemerkenswerte Änderung der Sprache gezeigt. Man gebärdet sich so, als ob die Macht in Deutschland, die Beherrschung der Reichsverwaltung, der Polizei und Justiz und der Oberbefehl über die Reichswehr sich bereits in faschistischen Händen befindet.

In diesem Geiste hat das Münchner Nazi-Blatt in seiner neuesten Nummer einen Angriff auf die preussische Staatsregierung unternommen, der so ziemlich alles in den Schatten stellt, was er sich auf diesem Gebiet bisher geleistet hat. Das Münchner Blatt, für das Herr Hitler die politische und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rosenberg die juristische Verantwortung trägt, stellt an die Reichsregierung, genauer gesprochen an Herrn Groener, die Forderung, "die Mordzentrale Preussen und ihre Helfershelfer von reichswegen zu exekutieren". Mit dieser Mordzentrale ist, wie aus der ganzen ersten Seite des Blattes hervorgeht, die preussische Staatsregierung gemeint und da auf dieser Seite zugleich wieder einmal in Gestalt einer Todesanzeige in das Feuer des Bürgerkrieges geblasen wird, ist der Sinn des beschimpfenden und verleumderischen Ausdrucks gegen die preussische Staatsregierung ohne weiteres klar.

Wir sind es schon lange gewohnt, dass die Bürgerkriegsparteien, Faschisten und Kommunisten, die Schuldlüge als Mittel des Bürgerkriegs mit wahrer Virtuosität ausüben und dass eine jede der Parteien, die Blutschuld auf sich geladen hat, die Schuld der anderen zuzuschieben sich bemüht. Die Schuld von hüben und drüben verstrickt sich ineinander - wer will bei einer durch Generationen sich hinziehenden albanischen Blutrache noch feststellen, wo die Schuld, wo der erste und eigentliche Ausgangspunkt liegt? Aber Kommunisten und Nationalsozialisten - jede der beiden Parteien erklärt sich für völlig unschuldig und den anderen für allein schuldig. Jede der beiden Parteien nimmt das Recht der Notwehr für sich in Anspruch und erklärt sich als die verfolgte Unschuld.

Die Kommunisten haben dabei schon seit langem die Taktik verfolgt, nicht nur die Nationalsozialisten sondern dazu auch die preussische Staatsregierung und die Sozialdemokratie als alleinige Schuldige zu erklären an dem, was sich in den Strassen der deutschen Städte abspielt. Daher der Name Sozialfaschisten. Diese Methode kopiert nun getreulich die Nationalsozialistische Partei. Sie hat sie übernommen und schiebt sie in den Vordergrund, seitdem die Eiserne Front ihren Aufmarsch begonnen hat und die Abwehrkräfte gegen das verbrecherische Treiben des Faschismus weckt. Es ist nicht die Nationalsozialistische Partei allein, die diese heuchlerische Taktik verfolgt! Die Harzburger Front und ihre Organe suchen sich zu übertreffen in dem Geschrei: die Eiserne Front will den Bürgerkrieg, die Eiserne Front ist ungesetzlich, die Eiserne Front ist eine Provokation! Natürlich, wer sich nicht von einem Strassenräuber freiwillig

den Hals abschneiden lässt, ist ein Provokateur, ist Schuld daran, dass ein Raufhandel entsteht. Er stört den inneren Frieden, denn es wäre seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, stille zu halten!

Dieser Schrei gegen die Eiserne Front hat seine Vorgänger. Es ist nicht zum ersten Male, dass die Kräfte, die in der Harzburger Front versammelt sind, mit verbrecherischen Staatsstreichplänen spielen und die strategische Idee dieser Pläne ist immer die gleiche geblieben: sie wollten die Arbeiterschaft provozieren, um dann gemeinsam mit den Machtmitteln des Staates die Arbeiterschaft, auf der die Freiheit in Deutschland ruht, blutig und grausam niederzuschlagen und unter Zerschlagung der Verfassung eine Diktatur über sie zu errichten. Man hat es mit allen Mitteln der Provokation versucht. Man hat mit dem Gedanken willkürlicher Massenaussperrungen gespielt, die den "bolschewistischen Aufruhr hervorrufen sollten, man versucht es mit den Mitteln der dreistesten und hundsgemeinsten Beschimpfung der Arbeiterschaft, ihrer Organisationen, ihrer Führer. Man versucht es mit dem Mittel des Pfeifens auf das Recht. Man versucht es mit der Aufstellung, der Kasernierung von Bürgerkriegsbanden, man versucht es mit dem Mittel des Strassenterrors und des heimtückischen Mordes!

Auf diese ungeheuerlichen Provokationen gibt die Arbeiterschaft die Antwort. Nicht so, wie die Provokateure in der faschistischen Bürgerkriegspartei es gewünscht haben, sondern im gesetzmässigen Zusammenschluss aller ihrer Organisationen und Kräfte zu einer einzigen gewaltigen, unüberwindlichen Abwehrkraft, die sich auf Recht und Verfassung stützt und nichts anderes will als Recht und Verfassung! Das ist unsere Antwort und das ist zugleich der schwerste moralische Schlag, den wir gegen die Bürgerkriegsprovokateure führen: denn er enthüllt ihre gesetzwidrigen und verfassungsfeindlichen Bürgerkriegspläne.

Das ist es, was das Wutgeheul, die Beschimpfungen und die Lügenflut hervorruft und sich jetzt über die Eiserne Front ergiesst. Und nicht nur über die Eiserne Front sondern, wie das Beispiel des Münchener Nazi-Blattes zeigt, zugleich gegen die Preussenregierung! Wir nehmen nicht an, dass dieser dreiste Versuch der Beschimpfung und Verächtlichmachung gegen die Preussenregierung seine gesetzliche Sühne findet, denn das Vertrauen zur Justiz, das zu dieser Annahme führen könnte, ist in diesem Punkte entschwunden.

Aber wir machen die Reichsregierung darauf aufmerksam, was diese Beschimpfung gegen die preussische Staatsregierung für sie selbst bedeutet! Die Worte des Münchener Nazi-Blattes sind auch eine Antwort auf den Brief Brünings an Hitler. Weil der Reichskanzler mit den Nationalsozialisten höflich redet und es mit sachlichen Argumenten versucht hat, gebärden sich die Nationalsozialisten jetzt, als könne die Reichsregierung und im besonderen der Reichswehrminister der Komplize der Nationalsozialisten im Willen zum Rechtsbruch und zur Entfesselung eines Unterdrückungsfeldzuges gegen die Verfassung und gegen Recht und Gesetz und gegen die staatstreue Arbeiterschaft werden. Die Beschimpfung gegen die Preussenregierung ist überaus schwer - aber wir finden, dass die Beschimpfung gegen die Reichsregierung, die in dieser Unterstellung der Nationalsozialisten liegt, noch ungleich schwerer wiegt! Die Reichsregierung darf nicht vergessen, dass sie nicht mit den Nationalsozialisten allein auf der Welt ist und dass sie längst nicht mehr wäre, wenn es nicht die Kräfte der Eisernen Front in Deutschland gäbe, die fest zu Recht und Verfassung stehen!

---

SPD. Braunschweig, 26.Januar (Eig.Dr.)

Die täglichen Schlägereien und Ueberfälle in Braunschweig sind jetzt so zahlreich geworden, dass sich die Reichsregierung bald überlegen muss, ob sie nicht einen Reichskommissar nach Braunschweig entsenden will. Es vergeht kein Tag ohne Schiesserei.

Am Dienstag verliessen die SA-Truppen der Stadt Braunschweig unter Führung des Stadtverordneten Storbeck ihre Kasernen, um in der Gegend der Jutespinnerei zu manövrieren. Ihr "Spaziergang" wurde von einem Auto aus, in dem

nach dem Berliner Muster ein Oberführer sass, beobachtet. In der Nähe der Spinnerei, mitten im Arbeiterviertel, kam es bald zu der gewünschten Schlägerei mit der provozierten Menge. Die SA gab wieder Pistolenschüsse ab. Als sich die erbitterten Arbeiter auf einen der Schützen stürzen wollten, flüchtete er in ein Geschäftslokal, aus dem er von Polizeibeamten herausgeholt wurde. Endlich konnte einmal einer der Burschen festgenommen werden.

Auf dem Radeklint wurden nach der Schlägerei wieder Schaufensterscheiben eingeschlagen.

---

SPD. Der Pressedienst der Zentrumspartei widmet dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun zu seinem 60.Geburtstag folgende Zeilen:

"Die Gerechtigkeit erfordert es, auch von seinen Gegnern, was sie übrigens oft genug zugestanden haben, dass Otto Braun wirklich staatsmännische Begabung besitzt, dass es ihm während seiner Ministerpräsidentschaft entgegen den wiederholten und oftmals gefährlichen Krisen im Reiche gelang, in Preusser Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, das politische und gesetzliche Gestalten erfolgreich zu fördern und zu führen. Otto Braun war es auch, der sich, abgesehen von Einzelfällen, bedingt vielleicht durch die besondere Struktur Preussens, gerade in den letzten Monaten schwerster Entscheidungen im Reichs als weitschauende staatspolitisch denkende Führerpersönlichkeit erwies. Er unterstützte mit seinem Kabinett in stärkstem Masse die Reichspolitik, und seinem persönlichen Eingreifen war es vielfach zuzuschreiben, dass sich die Dinge im Reiche so entwickeln konnten, wie es der Reichsregierung als Ziel vorschwebte. Wir Katholiken erkennen es ganz besonders dankbar an, dass sich Ministerpräsident Braun aus Gerechtigkeitssinn zum Abschluss des Konkordats mit der katholischen Kirche entschloss und persönlich dafür eintrat, dass das notwendige harmonische Verhältnis zwischen Staat und Kirche geschaffen werden konnte. Wurden auch nicht alle unsere berechtigten Wünsche erfüllt, so geniesst heute doch gegenüber früher die katholische Kirche auch staatlicherseits das Ansehen und hat die Stellung, die ihr von rechtswegen zukommt."

---

SPD. Hannover, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges lehnte kürzlich das Ersuchen des Reichsministeriums des Inneren ab, die "Braunschweigische Landeszeitung", ein übel beleumundetes Naziorgan, wegen Beleidigung Brünings zu verbieten. Dieser Tage versuchte Klagges sich Herrn Groener gegenüber zu revanchieren, indem er versuchte, beim Oberpräsidenten in Hannover ein Verbot des hiesigen kommunistischen Organs auf acht Wochen durchzusetzen. Klagges blitzte aber ab. Auch das Reichsministerium des Inneren, an das sich Klagges beschwerdeführend wandte, tat ihm den gewünschten Gefallen nicht. Ebenso erging es ihm mit dem Versuch, den sozialdemokratischen "Volkswillen" in Hannover verbieten zu lasse Groener bescheinigte ihm, dass es zu einer derartigen Massnahme an den gesetzlichen Voraussetzungen fehle. Damit ist erwiesen, dass Klagges eine ungesetzliche Handlung beabsichtigte bezw. andere dazu verleiten wollte.

---

SPD. Auf der Führertagung des schlesischen Stahlhelm, die am Sonntag in Liegnitz stattfand, wartete einer der Festredner mit der Lüge auf, dass wir nur 100 000 Soldaten aber über 117 000 Gerichtsvollzieher hätten. Die Hugenbergpresse tat ihr übriges und verbreitete diese Lüge in grossen und fetten Ueberschriften. Jetzt stellt der amtliche preussische Pressedienst fest, dass

die Zahl der planmässigen und ausserplanmässigen Gerichtsvollzieher in ganz Preussen im Jahre 1931 insgesamt nur 2 141 betragen hat. Die übrigen 115 000 Gerichtsvollzieher existieren nur in der Phantasie der Stahlhelmhetzer und der Hugenbergpresse.

---

SPD. Braunschweig, 26.Jan. (Eig.Drahtb.

Die Bestattung des von Nationalsozialisten erschossenen Reichsbannermanns Kurt Meier findet am Donnerstag-Nachmittag statt. Die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell und das Reichsbanner haben die Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig am Dienstag in einem Aufruf aufgefordert, die Arbeit um zwei Uhr zu beenden und sichan der Bestattung zu beteiligen. In lebenswichtigen Betrieben wird die Arbeit während des Leichenbegängnisses fünf Minuten lang ruhen.

---

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess wurde am Dienstag der Nazi-Hetzer Joseph Goebbels, der in der Sonnabendsitzung unter wüsten Beschimpfungen der Berliner Polizeibehörden und des Gerichts unzulässigerweise eine Aussage verweigert hatte, wegen Zeugnisverweigerung zu einer Ordnungsstrafe von 500 Mark und zur Tragung der durch sein Verhalten entstandenenKosten verurteilt. Goebbels, der glaubte, ohne Risiko den wilden Mann spielen zu können, ist damit an seiner empfindlichsten Stelle, nämlich am Portemonnaie, getroffen worden.

In der Dienstagsitzung beantragte der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Stehnig zunächst, Goebbels wegen unzulässiger Zeugnisverweigerung in eine Ordnungsstrafe von 800 Mark zu nehmen. In seiner Begründung betonte der Staatsanwalt, dass sich Goebbels bei seiner Aussageverweigerung weder auf seine Abgeordnetenimmunität gestützt, noch seine Weigerung mit dem § 55 der Strafprozessordnung begründet habe, nach dem sich ein Zeuge dann der Aussage enthalten darf, wenn er Gefahr läuft, sich mit seinen Bekundungen selbst einer strafbaren Handlung zu bezichtigen. Der Zeuge, so führte der Staatsanwalt weiter aus, sei ein Mann, der im politischen Leben stehe und von dem man eigentlich erwarten dürfe, dass er die Belehrung durch das Gericht erfassen und befolgen könne. Stattdessen habe der Zeuge seine Zeugnisverweigerung auch auf Zureden nicht aufgegeben und sei überaus verletzend und ausfallend geworden. Die Angeklagten unterbrachen den Staatsanwalt durch lärmende Zwischenrufe und unverschämtes höhnisches Lachen, sodass selbst dem Vorsitzenden,Herrn Ohnesorge die Galle uberlief und er sehr erregt dazwischenfuhr.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wurden Zeugen vernommen. Ein Polizeibeamter konnte dem Gericht ein drastisches Beispiel für die geradezu bestialische Gesinnung der SA-Banden liefern. Der Zeuge, der am Pogromabend mit der Auflösung einer nationalsozialistischen Zusammenrottung beauftragt war, wurde von Nazis bestürmt, seine Dienstnummer zu nennen. Die Nazis riefen dabei: "Schlagt doch den verdammten Kerl einfach tot, wenn er seine Nummer nicht nennt!".

---

SPD. München, 26.Januar (Eig.Drahtb)

Der Fleischbeschauer des Dritten Reichs, der Pastor a.D. Münchmeyer, befindet sich gegenwärtig auf einer Versammlungstour durch das bayerische Schwaben. Mit Rücksicht auf seine Vergangenheit wurde ihm in verschiedenen Bezirksämtern das öffentliche Auftreten verboten. In Kempten liess man ihn in der dortigen Tierzuchthalle reden. Aus Wut über die Verbote nahm er kein Blatt vor den Mund und erklärte :

"Im Frühjahr und bestimmt noch vor Ostern jagt Adolf Hitler den unfähig-

sten Kanzler, den es je gegeben hat, zum Teufel und unser Führer übernimmt dann die alleinige Macht. Brüning ist nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt unten durch. Auch der alte Hindenburg hat abzutreten, denn ein 84 jähriger kann das Staatsschiff nicht mehr leiten. Das Mindeste, was wir Nationalsozialisten bei einer kommenden Wahl in den Reichstag senden, sind 350 Abgeordnete, denn nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch im Zentrum hat eine Massenflucht ins Hitler-Lager eingesetzt. Die Kommunisten mit ihren paar Männeken spielen überhaupt keine Rolle. Bei der kommenden Abrechnung müssen die Marxisten, aber ebenso die Schwarzen daran glauben. Das trifft so bestimmt ein wie das Amen in der Kirche."

Diese Protzerei, Volksvernetzung und Mordandrohung hörten die anwesenden polizeilichen Ueberwachungsbeamten mit, ohne dagegen einzuschreiten!

---

SPD. Paris, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

In einem Ministerrat, der am Dienstag-Vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik tagte, erstattete Ministerpräsident Laval Bericht über den Stand der schwebenden internationalen Verhandlungen. Auf Vorschlag des Kriegsministers Tardieu wurden zu beigeordneten Delegierten Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz der Leiter der Völkerbundsabteilung im Aussenministerium Massigli und der Kabinettschef Tardieus ernannt, die sämtlich in gleicher Eigenschaft an der Londoner Flottenkonferenz teilgenommen haben.

Nach dem Ministerrat hatte Laval im Aussenministerium eine lange Unterredung mit Flandin über das Reparationsproblem.

---

SPD. Die Erhebung der Bürgersteuer führt zu Härten, die sich immer mehr als unerträglich herausstellen. Die Bürgersteuer ist in diesem Jahr etwas ganz anderes als im Vorjahr. Diesmal werden nicht nur 6 Mark für den Ledigen und 9 Mark für den Verheirateten erhoben, sondern in fast allen Gemeinden ist das Drei- und Vierfache dieser Sätze zu zahlen, obwohl Löhne und Gehälter seit dem Vorjahr um 20 bis 25 % gesenkt worden sind.

Die Sozialdemokratie hat diese Gefahren seit Monaten vorausgesehen und hat bereits vor mehr als einem Vierteljahr Abhilfemassnahmen von der Reichsregierung gefordert. Aber trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Vorstellungen hat das Reichsfinanzministerium nichts Durchgreifendes getan, um die schlimmsten Härten aus der Welt zuschaffen. Es konnte nur erreicht werden, dass eine allgemeine Freigrenze von 500 Mark eingeführt wurde und die Zahlungstermine bis zum Juli verlängert wurden. Jetzt zeigt sich immer deutlicher, dass beide Zugeständnisse völlig unzureichend sind.

Besonders gross ist das Steuerunrecht der Bürgersteuer bei den Kurzarbeitern. Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind 26 % seiner Mitglieder Kurzarbeiter. Bei den niedrigen Löhnen und der starken Einschränkung der Arbeitszeit gibt es eine ganz breite Schicht von Arbeitern und Angestellten, die als Kurzarbeiter weniger verdienen, als die Sätze der Arbeitslosenunterstützung betragen. Während aber die Arbeitslosen von der Bürgersteuer befreit sind, müssen die Kurzarbeiter im allgemeinen die vollen Sätze mit den hohen Gemeindezuschlägenzahlen.

Hier muss in erster Linie Abhilfe geschaffen werden. Aber das wird nicht so gehen, dass man die Kurzarbeiter ebenso wie die Arbeitslosen von der Bürgersteuer freistellt. Dadurch würden wieder andere Arbeitnehmerschichten benachteiligt. Es gibt in den Berufen mit besonders niedrigen Löhnen, wie z.B. bei den Textilarbeitern sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die trotz voller Arbeitszeit nicht mehr oder sogar noch weniger verdienen, als mancher Kurzarbeiter in den besser bezahlten Berufen. Würde man nur die Kurzarbeiter von

der Bürgersteuer befreien, so wäre das ein neues Unrecht gegendiese gering entlohnten Arbeiterschichten.

Deshalb muss man anders vorgehen. Die Wurzel der Ungerechtigkeiten liegt in der Tatsache, dass der Bürgersteuer, die jetzt erhobenwird, noch das Einkommen des Jahres 1930 zu Grunde liegt. Wer also im Jahre 1930 noch mehr verdient hat, als das Existenzminimum ausmacht, muss jetzt die volle Bürgersteuer zahlen, auch wenn heute durch Lohnsenkung oder Kurzarbeit sein Einkommen weit unter das Existenzminimum gesunken ist. Nur wenn sein Jahreseinkommen weniger als 500 Mark beträgt, wird von diesem Grundsatz eine Ausnahme gemacht. Wer in der Zeit der Bürgersteuerzahlung nicht mehr als 10 Mark wöchentlich oder 42 Mark monatlich verdient, wird von der Bürgersteuer befreit. Die 500 Mark-Grenze wird also nicht auf das Jahr 1930, sondern auf die Gegenwart angewendet

So müsste auch bei denKurzarbeitern und den sonstigen gering entlohnten Arbeiterschichten verfahren werden. In der Bürgersteuerverordnung heisst es, dass die Personen, die lohnsteuerfrei sind, weil ihr Einkommen geringer ist als der Freibetrag, nur den halben Bürgersteuersatz zu zahlen brauchen. Statt aber wie bisher dafür die Verhältnisse des Jahres 1930 zu Grunde zu legen, muss auch hier genau wie bei der 500 Mark-Grenze von dengegenwärtigen Verhältnissen ausgegangen werden. Jeder Lohnsteuerfreie soll auch nur die halbe Bürgersteuer zahlen.

Von diesem Grundgedanken gehen neue Vorschläge aus, die die Sozialdemokratie zur Beseitigung der Härten bei der Bürgersteuer gemacht hat. Bereits in der vorigen Woche haben darüber im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit sämtlichen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden stattgefunden, an denen auch die Abgg. Dr. Hertz (Soz) und Ersing (Ztr) teilnahmen. Die Verhandlungen haben zunächst ergeben, dass keine unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten bestehen, um die entsprechenden Milderungsvorschriften sofort in Kraft zu setzen Sie sind noch nicht abgeschlossen und müssen mit grösster Beschleunigung zu Ende geführt werden.

---

SPD. Brüssel, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Handelsbank in Gent, die im flämischen Gebiet weitverzweigte Verbindungen besass und in über 250 Ortschaften Niederlassungen unterhielt, ist zusammengebrochen. Das Kapital und die zurückgelegten Reserven der Bank im Betrage von 40 MillionenFrancs gelten als verloren. Der Zusammenbruch erregt umso grösseres Aufsehen, als es sich um ein Geldinstitut handelt, das enge Beziehungen zu der belgischen katholischen Partei unterhielt. Von einflussreicher politischer Seite hat man sich vergeblich bemüht, die Bank zu retten. Am Dienstag hat die Bank ihre Schalter geschlossen.

---

SPD. Von einem Standartenführer der Berliner SA wird uns geschrieben, dass die Reichsleitung der NSDAP ihren Bezirksverbänden den Nazi-General Epp als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl "empfohlen" hat. Von der ursprünglichen Absicht, Hitler aufzustellen, habe man Abstand genommen, da sich aus seiner Staatenlosigkeit, die vorläufig nicht zu beheben sei, unüberwindliche Schwierigkeiten ergäben. Der Bezirksverband Brandenburg der NSDAP habe die Kandidatur Epp bereits abgelehnt. Epp sei als Katholik und königstreuer Bayer für Norddeutschland nicht zu ertragen. Abgesehen davon sei er nicht populär genug, um seiner Kandidatur auch nur einige Aussicht auf Erfolg zu sichern. Auch der Nazi-General Litzmann, der von der Reichsleitung als Ersatzmann vorgeschlagen werde, stosse besonders wegen seines hohen Alters überall auf Ablehnung.

In der Zuschrift des SA-Mannes heisst es weiter, dass neuerdings die

Kandidatur Frick für die Reichspräsidentschaft im Nazilager lanziert werde. In Berlin und Brandenburg werde in den SA-Kreisen starke Propaganda für Goebbels gemacht, dessen ehrgeizige Frau ihr grosses Vermögen in den Dienst der "guten Sache" gestellt habe.

---

SPD. Stuttgart, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Abmarsch der Deutschen Volkspartei zur Opposition gegen die Regierung Brüning ist bei der Stuttgarter Ortsgruppe der Volkspartei auf heftigen Widerstand gestossen. Das kam in einer Versammlung, in der Abgeordneter Keinath seine Abstimmung im Reichstag durch einen Eiertanz zu begründen suchte., in sehr energischer Weise zum Ausdruck. Verschiedene Redner traten Keinath entgegen. Die schärfste Formulierung fand ein Dr. von Baelz, der es geradezu als eine "Todsünde" gegen das Vaterland bezeichnete, sich jetzt in irgendeiner For an dem Sturz der Regierung zu beteiligen. Die Versammlung gestaltete sich durch die Aufnahme dieser Ausführungen zu einer demonstrativen Kundgebung gegen die von denführenden Persönlichkeiten der Volkspartei eingeleiteten Versuche, die Deutsche Volkspartei mit den Nationalisten wie überhaupt mit der Harzburger Front in ein Gemeinschaftsverhältnis zu bringen.

---

SPD. Paris, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Nationalverband der Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer, dessen Vereinigungen etwa 3½ Millionen Mitglieder umfassen, hat in einer ausserordentlichen Sitzung seines Landesausschusses eine Entschliessung über die Reparationen angenommen, deren Schlussätze lauten:

"Frankreich, durch den Krieg, die allgemeine Krise und die Steuerlasten sowie inMitleidenschaft gezogen, wünscht, ebenso wie die anderenVölker, gerechte Erleichterungen für die finanzielle Regelung des Krieges, vorausgesetzt, dass sie nicht einigen Staaten zum Schaden und andere begünstige. Der geheiligte Charakter des Rechts Frankreichs auf die Reparationen ist von der ganzen Welt anerkannt und kann nicht wieder in Frage gestellt werden. Frankreich darf seinen früheren Alliierten und Assoziierten nicht mehr zahlen, als es selbst von Deutschland erhält."

---

SPD. Die Staatsparteiliche Landtagsfraktion hat an den Preussischen Ministerpräsidenten Braun folgendes Schreiben gerichtet:

"Die Preussische Landtagsfraktion der Deutschen Staatspartei erlaubt sich, Ihnen zu Ihrem 60.Geburtstage die aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. In dankbarer Erinnerung an die für Volk und Vaterland verdienstvolle Arbeit, an der wir in all den Jahren in der unter Ihrer Leitung stehenden preussischen Koalition teilnehmen konnten, ist es uns ein ehrliches Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit den Wunsch auszusprechen, dass über die gegenwärtige Weltwirtschaftkrise und die dadurch für unser Land hervorgerufenen besonderen Nöte hinweg wir auch in Zukunft gemeinsam unsere Kraft und unser Wollen für die innere und äussere Freiheit unseres Landes und eine bessere Zukunft einsetzenkönnen.

Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, wünschen wir vor allen Dingen für die kommenden Jahre die beste Gesundheit und dem Staatsmann reiche Erfolge."

---

SPD. Brüssel, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Ein erheblicher Teil der aus Spanien vertriebenen Jesuiten will sich in Belgien niederlassen, insbesondere soll das Zentral-Jesuitenkloster St. Ignaz Loyola bei San Sebastian nach Tournai in Belgien verlegt werden. Das Haupt des Ordens ist bereits auf dem Wege nach Belgien.

---

SPD. Braunschweig, 26.Jan. (Eig.Drhtb)

Die Ermordung des Jungreichsbannermannes Meier wächst sich zu einem Polizeiskandal aus. Unter bewusstem Missbrauch der 2.Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitugen hat Klagges dem sozialdemokratischen "Volksfreund" am Dienstag-Abend eine Berichtigung aufgezwungen, in der der Naziminister die freche Behauptung seiner Parteifreunde, Kamerad Maier sei von eigenen Freunden erschossen worden, als eine "amtliche Entgegnung" aufzwingt.

Demgegenüber steht folgendes fest: Seit Sonntag hat die Braunschweigische Kriminalpolizei eine genaue Beschreibung des Mordbuben, der Meier hinterrücks erschossen hat. Die Beschreibung ist von einem Kameraden Meiers gegeben worden, der neben ihm stand, als die Schüsse fielen. Ein weiterer, ebenfalls angeschossener Zeuge bekundet übereinstimmend, dass ein uniformierter Hakenkreuzler geschossen hat. Unter den weiteren nationalsozialistischen Mittätern wurde ein SA-Mann aus Braunschweig erkannt, dessen Adresse der Kriminalpolizei am Sonntag zur Verfügung gestellt wurde. Die Kriminalpolizei hat bis heute von dieser Adresse ebenso wenig Gebrauch gemacht wie von der mit 15 Namen enthaltenen Liste nationalsozialistischer Studierender und höherer Schüler, die sich nachweisbar an dem Ueberfall ebenfalls beteiligten.

Der bisherige Verlauf der Untersuchung lässt nicht erkennen, dass es den Klagges unterstehenden Behörden auf eine Klärung des Sachverhalts ankommt.

---

SPD. Im Strafrechtsausschuss des Reichstages zog dessen Vorsitzender Professor Dr. Kahl am Dienstag seinen Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe zurück. Im Strafrechtsausschuss war bisher eine Mehrheit gegen die Todesstrafe nur dadurch zu erzielen, dass Professor Kahl mit den grundsätzlichen Gegnern der Todesstrafe stimmte. Nunmehr ist eine solche Mehrheit gegen die Todesstrafe nicht mehr vorhanden, sodass vorläufig mit ihrer Beseitigung nicht mehr zu rechnen ist.

Kahl zog seinen Antrag zurück, nachdem ein Vertreter der Wirtschaftspartei die Sitzung mit der Erklärung verlassen hatte, dass seine Partei sich an den Verhandlungen des Strafrechtsausschusses erst wieder beteiligen würde, sobald die Abgeordneten der Rechten eine reguläre Besetzung des Ausschusses ermöglichten. Die jetzigen Beschlüsse des Strafrechtsausschusses ergäben ein falsches Bild; so könne die Todesstrafe beispielsweise im Augenblick durch eine Zufallsmehrheit beseitigt werden.

Abg. Kahl begründete die Zurückziehung seines Antrages wie folgt: Er habe zweimal am 25.Oktober 1928 und am 19.Mai 1930 den Antrag gestellt, zwar die Todesstrafe abzuschaffen, sie aber durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen und für den Fall einer Begnadigung die Sicherungsverwahrung mit dreijähriger Nachprüfung durch das Gericht einzuführen. Beide Male sei dieser Antrag abgelehnt worden. Er bringe ihn aber deshalb nicht wieder ein, sondern aus Gründen der Rücksicht, auf die inzwischen veränderte Stimmung der öffentlichen Meinung. Angesichts der Häufig der Gewalttaten, angesichts des Umstandes, dass der Mord sogar zur ständigen Waffe politischer Parteien geworden sei, könne er sich nicht entschliessen, seinen Antrag von der vorigen Wahlperiode zu wiederholen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Marin und Landsberg wandten sich scharf gegen die Ausführungen des Wirtschaftsparteilers. Es sei ganz unerträglich, etwa durch eine sachlich nicht gerechtfertigte Umgruppierung der Beratungskapitel eine Sehnsucht nach Rückkehr der abwesenden Parteien auszudrücken, die gar nichtvorhanden sei.

---

SPD. London, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Bank von England hat den Restbetrag von 30 Millionen Goldpfund ihres Kredites an die Bank von Frankreich und an die Federal Reserve Bank zurückgezahlt. Diese Rückzahlung erregt in der City grosse Befriedigung, die sich in einer Steigerung des Pfundkurses auswirkte. Die Wirkung wäre noch grösser gewesen, wenn man die Rückzahlung nicht allgemein erwartet hätte. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass die Bank dem englischen Schatzamt noch 80 Millionen Pfund schuldet, die im September zur Stützung des Pfundes aufgenommen wurden und im September 1932 fällig werden.

---

SPD. Paris, 26.Januar (Eig.Drahtb.)

Die radikale Kammerfraktion hat am Dienstag beschlossen, der Kammer eine Entschliessung zu unterbreiten, in der die Zurückverweisung des Wahlreformvorschlags, der am Mittwoch-Vormittag in der Kammer zur Debatte kommt, an die Kommission verlangt wird. Der Vorschlag verstosse gegen die Grundsätze des allgemeinen Wahlrechts.

---

SPD. London, 26.Januar (Eig.Drahtb)

In Schanghai hat sich die Lage weiter zugespitzt, obwohl die chinesische Regierung, die am Dienstag zum fünftenmal seit September ihren Aussenminister gewechselt hat, die japanischen Forderungen restlos erfüllen will. "Wir werden alles tun, was ihr wollt", das ist der Kern der chinesischen Antwort auf das japanische Ultimatum, das u.a. die Beendigung der antijapanischen Propaganda verlangte.

Diese Politik geht von Tschiangkaischek, dem starken Mann der chineischen Regierung aus, der durch seine Beugung unter das japanische Diktat seine bisherigen Kollegen aus der allerdings machtlosen Regierung treibt. Dennoch wird erwartet, dass die Japaner trotz der chinesischen Nachgiebigkeit die strategischen Punkte von Schanghai besetzen, da sie wissen, dass die chinesische Regierung nicht in der Lage ist, ihre eigenen Absichten durchzuführen. Man rechnet damit, dass zahlreiche Chinesen aus den chinesischen Vierteln ausziehen und in der internationalen Siedlung von Schanghai Schutz suchen werden. Um etwaigen, sich daraus ergebenden Unruhen zu begegnen, ist die Bürgerwehr der internationalen Siedling mobilisiert worden. Ausserdem stehen 2 000 amerikanische Marinesoldaten in Bereitschaft.

Schanghai gleicht einer Stadt im Belagerungszustand.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

**E R S C H E I N T  N A C H  B E D A R F**

## Der Ersatzgeburtstag.

SPD. Wer redet noch von Wilhelm und seinem Geburtstag? Nur ein kleines Häuflein, ganz Unentwegter, das immer mehr zusammenschmilzt. Die Herrschaften von rechts möchten sich mit Wilhelm nicht mehr kompromittieren und sie sind deshalb auf eine glänzende Idee verfallen. Sie haben für Wilhelms Geburtstag einen Ersatzgeburtstag gefunden, an dem sie Hohenzollernpropaganda betreiben. Statt des 27.Januar haben sie den 24.Januar genommen, das ist der Tag, an dem ein Friedrich II., Fridericus (nicht Gebühr, sondern der wirkliche) geboren wurde. An diesem neuen Hohenzollernservilismus beteiligt sich in erster Linie der "Völkische Beobachter". Man sieht, dass die treuen Dienste Auwis für Hitle nicht ohne Belohnung geblieben sind! Nicht weniger als sieben grosse Spalten widmet Hitlers Hof- und Staatsanzeiger dem Fridericus-Tag. Er hat sich etwas ganz Besonderes ausgesonnen. Mit vieler Mühe hat ein gewisser Dr. Schlösser Zitate aus deutschen Dichtern des 18.Jahrhunderts zusammengeklaut, die als ein Verherrlichung Friedrichs II. aufgezogen werden.

Womit der "Völkische Beobachter" offenbar beweisen will, dass er den Servilismus und die Knechtseligkeit gegen einen gekrönten Despoten als einen Wesenszug des Dritten Reiches betrachtet! Friedrich II. hat in einem Pamphlet gegen die deutsche Literatur, die er bespie, während er die französische in de Himmel hob, eine unüberschreitbare Grenzscheide zwischen deutschen Geistesleben und preussischen Despotismus gezogen. Die grossen literarischen Zeitgenossen dieser Schrift haben sich mit Zorn und Verachtung gegen dieses Machwerk das der deutschen Literatur einen blutigen Schimpf zufügte, und einen Schlag ins Gesicht der werdenden deutschen Nation bedeutete, gewandt! Mit dem gekrönten Despoten gegen die deutsche Nation - das ist die richtige Stellungnahme für ein nationalsozialistisches Organ!

Im Jahre 1769 schrieb Lessing an Nikolai:

"Sagen Sie mir von Ihrer berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts. Sie reduziert sich einzig und allein auf die Freiheit gegen die Religion, soviel Sottisen zu Markte zu bringen als man will. Und dieser Freiheit muss sich der rechtliche Mann nun bald zu bedienen schämen. Lassen Sie es doch einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben als Sonnenfels in Wien geschrieben hat, lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Pöbel so die Wahrheit zu sagen als dieser sie ihm gesagt hat, lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankfeich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist."

Preussen und damit das Reich wieder zum sklavischsten Land Europas zu machen, das ist das Ziel der Parteigenossen des Herrn Auwi, und zu diesem Behufe feiern sie den Geburtstag des gekrönten Despoten über Borrussien!

## Wer noch?

Herr Frick hat in seinen bekannten hetzerischen Reden erklärt, dass das Dritte Reich errichtet werden würde, und wenn zehntausende von marxistischen Funktionären dabei zu Schaden kommen würden. An Mord- und Blutdrohungen gegen die Marxisten haben es die Nationalsozialisten noch niemals fehlen lassen!

Es geht nicht nur auf die Marxisten! Ein nationalsozialistischer Redner in Köln, der Reichstagsabgeordnete Börger kündigte seinerseits einen allge-

meinen Judenpogrom in Deutschland an:

"Wenn wir die Macht haben, und ein Franzose die deutsche Grenze überschreitet, dann werden in einer Nacht sämtliche Juden in ganz Deutschland daran glauben müssen."

Zu der Nacht der langen Messer gegen die Marxisten, kommt also auch noch die Pogromnacht gegen die Juden.

Und noch nicht genug!

Der nationalsozialistische Gauleiter Hildebrandt hielt in Mecklenburg eine gleichgeartete Hetz- und Pogromrede gegen alle Katholiken, in der er nach einem Bericht der"Teterower Nachrichten" ausführte:

"Dass mit dem Augenblick der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten der Katholizismus ausserhalb der Grenzen Deutschlands stehe."

Wir wissen nicht, ob wir damit schon alle Bevölkerungsschichten bezeichnet haben, die von den Nazis mit einem Pogrom beglückt werden sollen! Die Nazis halten es mit dem Uebermut der lautesten Kriegsschreier, die im Weltkriege laut schrieen: "Hier werden noch Kriegserklärungen entgegengenommen!" Wie das ausgeht, weiss man.

## Wie's gemacht wird.

Zwischen der verkrachten Nordwolle der Gebrüder Lahusen unseligen Angedenkens und der Danatbank ist ein regelrechter Krach im Gange. Man hat dabei die Möglichkeit, hinter die kapitalistischen Kulissen zu blicken, und was man entdeckt, ist immer noch interessanter als das, was manvermutet hat. So erfährt man bei dieser Gelegenheit, dass unmittelbar vor dem Konkurs die Nordwolle in ihrer Geldnot einen gesicherten Kredit in Höhe von 120 000 Pfund Sterlin von den Norddeutschen Holzwerken G.m.b.H. in Bremen erhielt, die der Danatbank nahe stehen.

120 000 Pfund Sterling waren damals 2,4 Mill.Mark. Die Norddeutschen Holzwerke G.m.b.H. müssten danach ein sehr grosses und sehr kapitalkräftiges Unternehmen sein. Man sieht grosse Fabriken vor sich, rauchende Schornsteine, Arbeiterheere, die bei Betriebsbeginn in die Fabriktore strömen.

Die Wahrheit aber sieht ganz anders aus! Niemand in Bremen kennt die Arbeiter der Norddeutschen Holzwerke G.m.b.H., niemand kennt auch die Fabrikgebäude und wer sie anderswo als in Bremen suchen würde, würde sie auch nicht finden. Diese Norddeutschen Holzwerke G.m.b.H., die der Danatbank nahe stehen, bestehen alles in allem aus wenigen Zeilen im Handelsregister. Diese Norddeutschen Holzwerke haben aber einen Direktor und Angestellte, auch Briefbogen mit dem Firmenkopf. Die Briefbogen liegen in der Danatfiliale und der Herr Direktor und die Angestellten sind Personen gleich mit denen der Danatbank in Bremen.

Wir hatten immer gedacht, Werke kommt von Wirken, von Arbeiten, von Produzieren. Wir haben immer geglaubt, dass sie etwas herstellen, was man fühlen, sehen, schmecken oder riechen kann. Aber nun haben wir wieder etwas Neues gelernt: Werke wirken Transaktionen, und dazu braucht man weder Gebäude, noch Schornsteine, noch Arbeiter!

## Die Flucht der reichen Leute.

Ein Gerissener, der die Psyche der reichen Leute kennt, inseriert in Tageszeitungen kurz und bündig: "Silberbarren sind die beste Vermögensanlage.Ich suche Vertreter in allen Städten." Lasst die Bande der Erwerbslosen verrecken, wir setzen uns auf einen Silberberg und es kann uns nichts geschehen. Also spricht der Patriotismus der Reichen!

# Aus aller Welt

## Otto Brauns Lebensweg.

### Der erste Mann in der "Eisernen Front".

SPD. Am 28.Januar feiert der preussische Ministerpräsident Otto Braun seinen 60.Geburtstag. Mehrere neue Bücher bemühen sich ein Lebensbild des Staatsmannes zu geben: Hans Steffen veröffentlicht eine Braun=Biographie im Historisch=Politischen Verlag; Erich Kuttner im Verlag R.Kittler; Georg Schwarz im Universitas=Verlag.

Otto Braun ist der Sohn einer Landarbeiterstochter. Sie liess ihn in Königsberg,seinem Geburtsort,die Volksschule besuchen - die Schule des Lebens war für ihn bedeutsamer. Er erlernte den Stein= und Buchdruck,strebte aber stets über enges Berufwissen hinaus.Die geistigen Grundlagen der sozialistischen Bewegung, der er sich abstammungs= und gefühlsmässig von frühester Zeit an verbunden fühlte,studierte er in den Geheimzirkeln der damals verfolgten sozialdemokratischen Jugend.Vor allem war er ein eifriges Mitglied des "Leseklub Kant" - das Sozialistengesetz zwang zu diesem unverdächtigen Namen: hier arbeiteten Studenten deutscher und russischer Herkunft über Aristoteles,Hegel und Marx. "Verborgen vor den Augen und Ohren der Polizei lösten wir hier die grossen Weltanschauungsprobleme"...schreibt Otto Braun einmal.Aus dem Theoretiker von damals wurde einer der grössten Praktiker der Gegenwart.

+

In der harten Konsequenz,die ihm stets zu eigen ist,erkennt Otto Braun, dass es nicht nur notwendig ist,zu erkennen,sondern auch zu wirken.Der Buchdrucker wird zum Schriftsteller,zum Journalisten.In froschem,jugendlichem Wagemut gründete Otto Braun mit Ludwig Quessel eine Wochen=Zeitung für die Propaganda der Reichstagswahl von 1893.Diese Wahlzeitung war ein grosser Erfolg.Aus der Wahlzeitung wurde ein regelmässiges Wochenblatt "Volks=Tribüne". Das Blatt kostete 5 Pfennig, war entsprechend verbreitet und - entsprechend verhasst.Dem ersten Sitzredakteur wurden nicht weniger als 16 Klagen angehängt.Das hat der Reaktion aber nichts genutzt: aus der "Volkstribüne" wurde später die "Königsberger Volkszeitung".

Otto Braun war nicht nur sein eigener Zeitungsherausgeber,sein Redakteur, sein Drucker; er arbeitete ferner als Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse; beteiligte sich führend an dem Konsumverein,der um die Jahrhundertwende in Königsberg gegründet wurde; bewährte sich unter der Führung Hugo Haases - als guter Kommunalpolitiker in der Königsberger sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

+

Otto Braun kannte vor allem einen Kampf: den gegen die feudalen Herren, die ihre Landarbeiter in dunklen Katen ein elendes Leben führen liessen.Sonntag um Sonntag fuhr Otto Braun,dessen Zähigkeit einer seiner hervorragendsten Wesenszüge ist,aufs Land,um zu werben,zu agitieren. Mit Leidenschaft sprach er bei den Landarbeitern.Steffen berichtet darüber in seinem Buch: "Leicht war diese Arbeit nicht.Organisatorische Stützpunkte waren noch nirgend vorhanden. Gewerkschaften der Landarbeiter gab es noch nicht,weil die Landarbeiter kein Koalitionsrecht,also nicht das Recht zum Zusammenschluss zu Berufsverbänden zum Zweck der Erringung besserer Arbeitsbedingungen besassen.So mussten neutra=

trale Unterstützungs= und Beratungs= oder Rechtsschutzvereine gegründet werden, für die kein Geld vorhanden war, weil die Landarbeiter fast nur Naturallohn und nicht mehr als 7 bis 8 Mark monatlich in bar erhielten. Erschwerend für die Agitation war es auf den denkbar schärfsten Widerstand der Gutsbesitzer zu stossen, die nicht selten den Gendarm oder die Hofhunde auf die Agitatoren hetzten. Der junge Otto Braun, der auf seinem Fahrrade selbst unermüdlich im Lande unterwegs war, konnte sich des öfteren nur mit knapper Not vor derartigen Berufsfreunden retten."

Die Sozialdemokratie, die bald erkannte, dass sie in Otto Braun den hervorragendsten Vertreter der Landarbeiterinteressen und einen glänzenden Sachverständigen in allen Agrarfragen gewonnen hat, holte ihn im Jahre 1911 in den Parteivorstand. Im Jahre 1914 wurde Otto Braun im Wahlkreis Nieder=Barnim=Oberbarnim ins preussische Abgeordnetenhaus gewählt. Hier im Dreiklassenparlament vertrat er mit der ganzen Schwere seiner reichen Erfahrungen und mit der ganzen Liebe, die er stets den Unterdrückten gegenüber tatkräftig bewiesen hat, die Interessen des Sozialismus.

+

Nach der Staatsumwälzung im Jahre 1918 wurde Otto Braun das Ministerium für Landwirtschaft zugeteilt. Der junge Agitator von einst konnte jetzt im Sinne seiner früheren Ideale praktisch wirken: die Gesindeordnung fiel; die Landarbeiter erhielten endlich ihre staatsbürgerliche Freiheit. Kein Wunder, dass ihn die Grossgrundbesitzer "Minister gegen die Landwirtschaft" nannten. Otto Braun antwortete: "Wenn man die Landwirtschaft Preussens allein mit den Interessen des östlichen Grossgrundbesitzes kurzsichtig identifiziert, dann allerdings, aber nur dann, bin ich ein Minister gegen die Landwirtschaft. Den Ehrentitel "Landarbeiter Minister" nehme ich gern an." Selbstverständlich begnügte sich Otto Braun nicht mit dem gesetzgeberischen Akt der Landarbeiterbefreiung. Vor allem versuchte er das Uebel der Landflucht zu bannen. In der Landflucht sah er die schwerste Gefahr für die Arbeiterbeschaffung der Landwirtschaft des deutschen Ostens, ferner für die ohnehin nur kleinen Ansätze von Gewerbe und Industrie. Er wusste, dass in erster Linie ausser der politischen Rechtlosigkeit, die schlechte Entlohnung und die fürchterlichen Wohnverhältnisse für landwirtschaftliche Arbeiter die Ursache für die Landflucht war. Unter Otto Brauns Leitung gelang es auch dem preussischen Landwirtschaftsministerium allmählich so viel Mittel bereitzustellen, dass es in den Jahren 1921/1928 <u>21 075 neue landwirtschaftliche Werkwohnungen</u> und 16 895 Landarbeitereigenheime gebaut werden konnten! Ebenso setzte sich Otto Braun im Reichsrat dafür ein, dass das zugelassene Kontingent der ausländischen Arbeiter von Jahr zu Jahr systematisch herabgesetzt wurde. Durch aktive Reformen bei der Produktivierung und Intensivierung der heimischen Landwirtschaft erstrebte er, dass Deutschland mehr und mehr seinen gesamten Nahrungsmittelbedarf im Lande erzeugte. So wurde allmählich durch seine Arbeit die östliche Landwirtschaft zur deutschen Landwirtschaft!

+

Nach dem Kapp=Putsch wurde Otto Braun preussischer Ministerpräsident. Der Posten, der früher mehr repräsentativer Natur war, erhielt durch ihn neue staatsmännische Bedeutung. Durch die allmähliche Demokratisierung der Verwaltung, d.h. durch stärkere Heranziehung von Republikanern zur Beamtenschaft, wurde Preussen zum Hort der deutschen Republik. Ihre Einheit zu retten half er vor allem im zähen Kampf gegen den Separatismus.

\+ + +

<u>Spannung in Dartmoor.</u> Noch immer ist die Lage im englischen Zuchthaus Dartmoor, wo vor wenigen Tagen 400 Sträflinge eine blutige Revolte inszenierten, sehr gespannt. Da man eine neue Meuterei und den Angriff eines Verbrechertrupps auf das Zuchthaus befürchtet, wurde um die Anstalt ein Militärkordon gezogen.

\+ + +

## Altstaedts Verteidiger.

SPD. Lübeck, 26. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag hielten im Lübecker Kindertod-Prozess die beiden Verteidiger Dr. Altstaedts, die Rechtsanwälte Dr. Hoffmann und Dr. Schumacher, ihre Plädoyers. Dr. Hoffmann verlangte den Freispruch seines Mandanten, indem er ausführte: Nach den Sachverständigengutachten durfte Dr. Altstaedt 1929, als er die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck empfahl, von der Unschädlichkeit des BCG überzeugt gewesen sein. Man muss Dr. Altstaedt bei der Einführung und weiter auch bei der Durchführung des Verfahrens den guten Glauben an die Unschädlichkeit des BCG zubilligen. Ehrgeiz kam für ihn als Motiv nicht in Frage. Bei dem Eintritt eines derartigen Unglücks, wie es in Lübeck geschah, musste jede Organisation versagen. Da ein derartiger Fehlschlag der Impfungen nicht vorauszusehen war, kann und darf Dr. Altstaedt daraus kein Vorwurf gemacht werden, dass er für einen solchen nicht vorhersehbaren Fall keine Massnahmen traf. Dr. Altstaedt ist nach wie vor der Überzeugung, dass eine Virulenzsteigerung des BCG nicht in Frage kommt. Die Verteidiger hingegen müssen beide Möglichkeiten in Rechnung stellen: die Virulenzsteigerung und die Verwechslung und Verunreinigung des BCG.

Rechtsanwalt Dr. Schumacher äusserte sich über die Rechtsgrundlage der Anklage gegen Dr. Altstaedt. – Am Mittwoch wird Dr. Ihde, der Verteidiger Professor Deycke's, sein Plädoyer erstatten.

\+ \+ \+

**Schülermörder Tack?** Unter dem Verdacht, an der Ermordung des 16-jährigen Schülers Herbert Norkus in Berlin-Moabit beteiligt zu sein, wurden von der Berliner Politischen Polizei sechs jugendliche Kommunisten verhaftet. Von den Festgenommenen, die sämtlich bestreiten, mit dem Schülermord etwas zu tun zu haben, konnten drei durch Gegenüberstellung mit den Zeugen des Vorfalls als Rädelsführer überführt werden. Als Messerstecher und Mörder des Norkus kommt ein 22-jähriger Arbeiter Tack aus Moabit in Frage. Tack ist flüchtig.

\+ \+ \+

**Frenzel-Wiederaufnahme?** Obwohl das Reichsgericht die Revision des Bornimer Amtsvorstehers Arthur Frenzel verworfen hat, wollen sich seine Anwälte um seine Rehabilitierung bemühen und möglichst das Wiederaufnahmeverfahren betreiben. Allerdings könnte nur die Beibringung erheblich neuer Beweistatsachen die Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens herbeiführen. Die Verteidiger Frenzels hoffen, dass vorläufig das preussische Justizministerium mit Rücksicht auf das etwaige Wiederaufnahmeverfahren die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung verfügt. Frenzel hätte von seiner Strafe auf 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus 9 Monate zu verbüssen.

\+ \+ \+

**Garderobe im Zuschauerraum!** Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und den Besitzern der Berliner Privattheater führten zu einer Vereinbarung, wonach der Garderobezwang in den Privat-Theatern aufgehoben wird. Schirme und Stöcke müssen abgegeben werden; aber sonst kann man in Zukunft den Zuschauerraum mit Garderobe betreten. Ferner haben sich die Theaterdirektoren verpflichtet, die vollständigen Programme in den Wandelgängen auszuhängen, damit das Publikum nicht zum Programmkauf gezwungen ist.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung will auch an eine Revision der Anwalts- und Aerztegebühren herangehen. Ferner dürfte noch im Laufe dieser Woche eine Entscheidung über die Preissenkung in den Gastwirtschaften fallen.

Wirtschaft Technik Handel

## Banken und Börsen.

**Unerträgliche Zustände - Neue Bankenprojekte - Wie man seine Bilanzen ohne eigene Verluste bereinigt.**

SPD. Der Berliner Börsenvorstand tagte wieder einmal und hat gefordert, dass man die Börsen öffne. Mit der Begründung, es hätten sich Zustände entwickelt, die für die Allgemeinheit verderblich und geradezu unerträglich seien. Das von den unerträglichen Zuständen kann man nicht leugnen. So hat die Berliner Schwarzbörse vor kurzem wieder so etwas wie eine Hausse gehabt. Die Kurse zogen an. Die Stimmung war fest. Verdient haben daran die Eingeweihten, die in den Telefonzellen sitzenden Makler, die freien und diejenigen,die für Banken arbeiten. Sie haben den Rahm abgeschöpft. Das Publikum, die Sparer haben nicht davon profitiert. Sie haben wieder geblutet und geblecht. Denn die Hausse trat just in dem Augenblick ein, in dem den Sparern aus den festzinslichen Papieren Mittel zuflossen;also um die Jahreswende, als die Zinsen für Pfandbriefe, Hypotheken usw. fällig werden. Wieder war die Hausse an der Berliner Schwarzbörse ein Raubzug auf die Taschen der Sparer. Jetzt,wo der Raub sichergestellt ist, redet man von unerträglichen Zuständen. Jetzt,wo die internationalen Börsen nach einer spekulativen Erregung um Neujahr wieder stillliegen und versacken, fordert man Oeffnung der Börsen.

Aber es gibt an den Börsen noch andere Vorfälle,die unerträglich anmuten. Da erzählt man sich z.B. sehr viel von dem Börsenprojekt der Schultheiss=Patzenhofer. Dieses Projekt war gefälscht. Es enthielt vieles nicht,auf das zu wissen die Aktionäre unbedingt Anspruch haben. Die Staatsanwaltschaft bestätigte das und ist dabei,den näheren Tatbestand festzustellen. Der Strafrichter wird sich demnächst mit der ganzen Angelegenheit zu beschäftigen haben.Der Börsenvorstand hätte auf Grund dieser Feststellungen die Notierung von Schultheissaktien streichen müssen. Das will der Börsenvorstand auch getan haben. Aber man merkt nichts davon, eben deshalb, weil die Suspendierung der Schultheissnotierungen suspendiert worden ist. Was soll die Oeffentlichkeit sagen, die weiss, dass unter dem fraglichen Schultheissprojekt die Namen von Bankdirektoren wie Friedrich Reinhart von der Commerz= und Privat= und Jacob Goldschmidt von der Danatbank stehen,die denselben Börsenvorstand angehören, der die erfolgte Suspendierung suspendierte. Will man so das Vertrauen der Sparer zur Börse und zum deutschen Kapitalmarkt wieder wecken? Solange man mit dem Vertrauen der Sparer so umspringt, wird es besser sein,die Börsen bleiben geschlossen.

Das grosse Argument gegen die Eröffnung der Börse ist der Hinweis darauf, dass man das Bankenproblem erst bereinigen müsse. Aber was hat man bisjetzt in dieser Angelegenheit getan? Was man über diese Bereinigung bisjetzt gehört hat, zeugt von einer Unentschlossenheit der verantwortlichen Stellen, die ihresgleichen sucht und kaum noch übertroffen werden kann. Dafür hat man allerdings Gerüchte und Projekte über Projekte serviert. Geblieben ist bisjetzt lediglich die Tatsache,dass das Reich und damit die deutschen Steuerzahler nach wie vor durch die Garantiepflicht, die das Reich während der Bankenkrise im Sommer 1931 übernehmen musste, gebunden sind. Eine Zeitlang hat man, soweit die Danatbank in Frage kommt,davon gesprochen,dass ein Konsortium von Grossindustriellen diese Bank übernehmen werde. Dieses Kollektivgeschäft der

## Altstaedts Verteidiger.

SPD. Lübeck, 26. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag hielten im Lübecker Kindertod=Prozess die beiden Verteidiger Dr. Altstaedts, die Rechtsanwälte Dr. Hoffmann und Dr. Schumacher, ihre Plädoyers.

Dr. Hoffmann verlangte den Freispruch seines Mandanten, indem er ausführte: Nach den Sachverständigengutachten durfte Dr. Altstaedt 1929, als er die Einführung des Calmette=Verfahrens in Lübeck empfahl, von der Unschädlichkeit des BCG überzeugt gewesen sein. Man muss Dr. Altstaedt bei der Einführung und weiter auch bei der Durchführung des Verfahrens den guten Glauben an die Unschädlichkeit des BCG zubilligen. Ehrgeiz kam für ihn als Motiv nicht in Frage. Bei dem Eintritt eines derartigen Unglücks, wie es in Lübeck geschah, musste jede Organisation versagen. Da ein derartiger Fehlschlag der Impfungen nicht vorauszusehbar war, kann und darf Dr. Altstaedt daraus kein Vorwurf gemacht werden, dass er für einen solchen nicht vorhersehbaren Fall keine Massnahmen traf. Dr. Altstaedt ist nach wie vor der Ueberzeugung, dass eine Virulenzsteigerung des BCG nicht in Frage kommt. Die Verteidiger hingegen müssen beide Möglichkeiten in Rechnung stellen: die Vorulenzsteigerung und die Verwechslung und Verunreinigung des BCG.

Rechtsanwalt Dr. Schumacher äusserte sich über die Rechtsgrundlage der Anklage gegen Dr. Altstaedt. – Am Mittwoch wird Dr. Ihde, der Verteidiger Professor Deyckes, sein Plädoyer erstatten.

\+ + +

**Schülermörder Tack?** Unter dem Verdacht, an der Ermordung des 16=jährigen Schülers Herbert Norkus in Berlin=Moabit beteiligt zu sein, wurden von der Berliner Politischen Polizei sechs jugendliche Kommunisten verhaftet. Von den Festgenommenen, die sämtlich bestreiten, mit dem Schülermord etwas zu tun zu haben, konnten drei durch Gegenüberstellung mit den Zeugen des Vorfalls als Rädelsführer überführt werden. Als Messerstecher und Mörder des Norkus kommt ein 22=jähriger Arbeiter Tack aus Moabit in Frage. Tack ist flüchtig.

\+ + +

**Frenzel=Wiederaufnahme?** Obwohl das Reichsgericht die Revision des Börnimer Amtsvorstehers Arthur Frenzel verworfen hat, wollen sich seine Anwälte um seine Rehabilitierung bemühen und möglichst das Wiederaufnahmeverfahren betreiben. Allerdings könnte nur die Beibringung erheblich neuer Beweistatsachen die Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens herbeiführen. Die Verteidiger Frenzels hoffen, dass vorläufig das preussische Justizministerium mit Rücksicht auf das etwaige Wiederaufnahmeverfahren die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung verfügt. Frenzel hätte von seiner Strafe auf 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus 9 Monate zu verbüssen.

\+ + +

**Garderobe im Zuschauerraum!** Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und den Besitzern der Berliner Privattheater führten zu einer Vereinbarung, wonach der Garderobezwang in den Privat=Theatern aufgehoben wird. Schirme und Stöcke müssen abgegeben werden; aber sonst kann man in Zukunft den Zuschauerraum mit Garderobe betreten. Ferner haben sich die Theaterdirektoren verpflichtet, die vollständigen Programme in den Wandelgängen auszuhängen, damit das Publikum nicht zum Programmkauf gezwungen ist.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung will auch an eine Revision der Anwalts= und Aerztegebühren herangehen. Ferner dürfte noch im Laufe dieser Woche eine Entscheidung über die Preissenkung in den Gastwirtschaften fallen.

Wirtschaft Technik Gewerkschaft

## Banken und Börsen.

**Unerträgliche Zustände - Neue Bankenprojekte - Wie man seine Bilanzen ohne eigene Verluste bereinigt.**

SPD. Der Berliner Börsenvorstand tagte wieder einmal und hat gefordert, dass man die Börsen öffne. Mit der Begründung, es hätten sich Zustände entwickelt, die für die Allgemeinheit verderblich und geradezu unerträglich seien. Das von den unerträglichen Zuständen kann man nicht leugnen. So hat die Berliner Schwarzbörse vor kurzem wieder so etwas wie eine Hausse gehabt. Die Kurse zogen an. Die Stimmung war fest. Verdient haben daran die Eingeweihten, die in den Telefonzellen sitzenden Makler, die freien und diejenigen,die für Banken arbeiten. Sie haben den Rahm abgeschöpft. Das Publikum, die Sparer haben nicht davon profitiert. Sie haben wieder geblutet und geblecht. Denn die Hausse trat just in dem Augenblick ein, in dem den Sparern aus den festzinslichen Papieren Mittel zuflossen;also um die Jahreswende, als die Zinsen für Pfandbriefe, Hypotheken usw. fällig werden. Wieder war die Hausse an der Berliner Schwarzbörse ein Raubzug auf die Taschen der Sparer. Jetzt,wo der Raub sichergestellt ist, redet man von unerträglichen Zuständen. Jetzt,wo die internationalen Börsen nach einer spekulativen Erregung um Neujahr wieder stillliegen und versacken, fordert man Oeffnung der Börsen.

Aber es gibt an den Börsen noch andere Vorfälle,die unerträglich anmuten. Da erzählt man sich z.B. sehr viel von dem Börsenprojekt der Schultheiss=Patzenhofer. Dieses Projekt war gefälscht. Es enthielt vieles nicht,auf das zu wissen die Aktionäre unbedingt Anspruch haben. Die Staatsanwaltschaft bestätigte das und ist dabei,den näheren Tatbestand festzustellen. Der Strafrichter wird sich demnächst mit der ganzen Angelegenheit zu beschäftigen haben.Der Börsenvorstand hätte auf Grund dieser Feststellungen die Notierung von Schultheissaktien streichen müssen. Das will der Börsenvorstand auch getan haben. Aber man merkt nichts davon, eben deshalb, weil die Suspendierung der Schultheissnotierungen suspendiert worden ist. Was soll die Oeffentlichkeit sagen, die weiss, dass unter dem fraglichen Schultheissprojekt die Namen von Bankdirektoren wie Friedrich Reinhart von der Commerz= und Privat= und Jacob Goldschmidt von der Danatbank stehen,die denselben Börsenvorstand angehören, der die erfolgte Suspendierung suspendierte. Will man so das Vertrauen der Sparer zur Börse und zum deutschen Kapitalmarkt wieder wecken? Solange man mit dem Vertrauen der Sparer so umspringt, wird es besser sein,die Börsen bleiben geschlossen.

Das grosse Argument gegen die Eröffnung der Börse ist der Hinweis darauf, dass man das Bankenproblem erst bereinigen müsse. Aber was hat man bis jetzt in dieser Angelegenheit getan? Was man über diese Bereinigung bisjetzt gehört hat, zeugt von einer Unentschlossenheit der verantwortlichen Stellen, die ihresgleichen sucht und kaum noch übertroffen werden kann. Dafür hat man allerdings Gerüchte und Projekte über Projekte serviert. Geblieben ist bisjetzt lediglich die Tatsache,dass das Reich und damit die deutschen Steuerzahler nach wie vor durch die Garantiepflicht, die das Reich während der Bankenkrise im Sommer 1931 übernehmen musste, gebunden sind. Eine Zeitlang hat man, soweit die Danatbank in Frage kommt,davon gesprochen,dass ein Konsortium von Grossindustriellen diese Bank übernehmen werde. Dieses Kollektivgeschäft der

Schwerindustrie, der Chemie und anderer Grosskopfeten hat lange Zeit herumgespukt. Bis es sich herausstellte, dass dabei nicht nur das Reich, sondern auch die Gross= und Schwerindustrie zu zahlen hatte. Damit war es mit diesem Kollektivgeschäft vorbei. Die Industriellen namen den Mund voll, solange es nichts kostete. Als es daran ging zu zahlen, zogen sie ihr Angebot zurück.

Jetzt laboriert man nach anderer Richtung. So will man eine Industriebank schaffen. Diese Bank soll nicht nur die eingefrorenen und teilweise verlorenen Kredite der Danatbank, sondern ähnliche Kredite aller Grossbanken zusammenfassen. Mit Mitteln des Reiches will man die vielleicht noch zu rettenden Kredite in langfristige Verpflichtungen umwandeln. Damit glaubt man gegenwärtig den Stein der Waisen gefunden zu haben. Wie sieht das Projekt in der Wirklichkeit aus? Das Reich und das deutsche Volk werden die Last tragen und mit sich zu schleppen haben. Die Banken werden ihre eingefroerenen und faule Schuldner los. Damit ist für sie der Weg, den sie solange suchten, der Weg einer Bereinigung ihrer Bilanzen ohne eigene Verluste, frei. In diesem Falle braucht man nicht mehr zu fusionieren. Man braucht sich nicht den Kopf zerbrechen, welche Grossbanken man zusammenkoppeln will, die Danat= mit der Commerz= oder die Commerzbank mit der Dresdenerbank oder wie diese Bankehe=projekte sonst noch lauten. Das Geschäft soll nach dem alten Stil weiter gehen. Somit ist das System, das sich so gern als freie Wirtschaft gibt, gerettet auf Kosten des Reiches und des deutschen Volkes.

Bleibt noch eine kleine Frage: woher das Reich selbst das Geld nehmen soll? Gegenüber Preussen z.B., das gegen das Reich in finanziellen Dingen immer Zurückhaltung bewies, verweigert man die Hilfe, fordert man für Mittel, um den preussischen Etat auszugleichen, Gegenwerte, die man als unerhört bezeichnen muss. Oder will das Reich derartige Bankenpläne zur Grundlage etwaiger Währungsprojekte machen? Es gibt da allerhand Zeichen, die unter Umständen diese Annahme stützen könnten, und es wäre an der Zeit, dass die Regierung klar und eindeutig zu diesen Dingen Stellung nimmt.

---

SPD. Am 9. Januar veröffentlichen wir einen Artikel über Lohnsteuererleichterungen, in dem dargelegt wurde, dass auch nach dem Fortfall der Lohnsteuererstattung, sofern Verdienstausfall vorliegt, in Einzelfällen die Möglichkeit besteht, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen zu verlangen. Anfragen veranlassen uns zu folgender Darstellung:

Wenn eine ausserordentliche wirtschaftliche Belastung wegen Krankheit, Unglücksfällen usw. oder wegen Nichterreichung des steuerfreien Lohnbetrages von 1200 Mark vorliegt, kann ein Erstattungsantrag auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung gestellt werden. In dieser Bestimmung ist gesagt, dass der Reichsfinanzminister in einzelnen Fällen, in denen die Steuereinziehung nach Lage des einen Falles unbillig wäre, eine Erstattung verfügen kann. Da es sich hierbei um eine Kann=Bestimmung handelt, hat also der Antragsteller keinen Rechtsanspruch auf Erstattung.

Diese hier noch einmal skizzierte Rechtslage war bisher zweifelsfrei; in den vergangenen Jahren wurden stets Erstattungen aus Billigkeitsgründen von den Finanzämtern gewährt, die dazu vom Reichsfinanzminister ermächtigt waren. Diese Ermächtigung ist nicht mehr verlängert worden, sodass sich die Finanzämter jetzt weigern, Erstattungen aus Billigkeitsgründen vorzunehmen. Wir stehen damit vor der Tatsache, dass die Billigkeitsvorschrift des § 131 von allen Steuerpflichtigen, nur nicht vom Lohnsteuerpflichtigen in Anspruch genommen werden kann. Das ist ein unerträglicher Zustand, der schleunigst beseitigt werden muss. Es darf kein Ausnahmerecht gegen die Lohnsteuerpflichtigen geben. Entweder wird der § 131 völlig beseitigt oder aber er wird auch bei den Lohnsteuerpflichtigen angewendet. Selbstverständlich muss das zweite

erreicht werden. Darum bemühen sich schon seit langem die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften. Die Verhandlungen, die zwischen diesen Vertretern und dem Reichsfinanzministerium geführt werden, dürften in Kürze zum Anschluss kommen. Wir werden dann noch einmal auf diese Frage zurückkommen.

---

SPD. Auf einer Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nahm der Preiskommissar Dr. Goerdeler Gelegenheit, sich gegen die protektionistische Hochflut zu wenden. Der Preiskommissar führte aus, dass sich zur Zeit ein dämonischer Zug zur Autarkie bemerkbar mache und dass es notwendig sei, darauf hinzuweisen, dass für Länder mit hoher Industrieentwicklung eine solche Autarkie, selbst bei grösster Pflege des Binnenmarktes, einen starken Rückgang der Lebenshaltung zur Folge haben müsse. Es sei "nicht notwendig, sich dieser Entwicklung willenlos zu fügen".

Die Hinweise des Preiskommissars sind dahin auszulegen, dass eine Autarkie in Deutschland nur die Subventionierung bestimmter Interessentenschichten bedeutet und dieser Protektionismus nur so bezahlt werden kann, dass man die Lebenshaltung der breiten Bevölkerung verschlechtert.

Auf derselben Tagung beschäftigte sich der Geschäftsführer der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels Dr. Tiburtius mit den Wagemann'schen Geldplänen und brachte zum Ausdruck, "dass die Beschaffung von Konsumentengeld für Noten zweiter Klasse" - die Wagemann'schen Pläne sehen ein zweifaches Geld mit verschiedener Deckung vor - "gefährliche Tendenzen einer Preissteigerung in sich bergen". Im übrigen betonte auch Tiburtius, "dass die Entwicklung der deutschen Wirtschaft durch Exportschwierigkeiten und Geldverknappung keineswegs zu einer gewollten Entwicklung zur Autarkie erhoben werden dürfte."

---

SPD. Im Zusammenhang mit einer starken Verringerung des von der Reichsbank gewährten Kredits ist die Deckung der Noten in der dritten Januarwoche gestiegen, trotzdem die Gold- und Devisenbestände weiter abgenommen haben.

Der Wechselkredit der Reichsbank konnte in der dritten Januarwoche um 180,7 Millionen Mark auf 3406,9 Millionen Mark abgebaut werden, der Lombardkredit um 5,4 Millionen Mark auf 103,1 Millionen Mark. Die Bestände an Reichsschatzwechseln nahmen um 16,5 Millionen Mark auf 6,9 Millionen Mark ab. Insgesamt liegt eine Verringerung der Kreditgewährung um 202,6 Millionen Mark auf 3677,5 Millionen Mark vor gegenüber 4647,2 Millionen Mark Ende Januar 1931. Die Reichsbank konnte also im Verlauf des Monats Januar 1932 den von ihr gewährten Kredit um rund 1 Milliarde Mark reduzieren. Ohne Zweifel spielen dabei auch die um die Jahreswende eingetretenen Krisenverschärfungen in der deutschen Wirtschaft eine grosse Rolle.

Die Bestände an Gold und Devisen verringerten sich, zum Teil in Zusammenhang mit der um Mitte Januar fälligen Freigabe von Markguthaben, um 13,4 Millionen Mark auf 1107,7 Millionen Mark. Im einzelnen haben die Goldbestände 9,8 Millionen Mark auf 956,4 Millionen Mark abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 3,6 Millionen auf 151,3 Millionen Mark. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen flossen der Bank in der dritten Januarwoche fast 190 Millionen Mark zu. So erklärt sich die Steigerung der Deckung der Noten von 25,6 % in der Vorwoche auf 26,4 %.

---

## 13.Allgemeiner Saatenmarkt.

SPD. Der 13.allgemeine Saatenmarkt fand am Dienstag in Berlin in den Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof statt. Die Zahl der Aussteller war merklich zusammengeschrumpft, während der Besuch von Kaufinteressenten weiter recht rege war.

Die Umsatztätigkeit liess schon in den letzten Jahren erheblich nach.In diesem Jahr stand der Markt in der Hauptsache unter dem Eindruck der letzten Notverordnungen zum Schutze der Landwirte, die für Saatengutverkäufe das Pfandrecht an der Ernte vorsieht; gleichwohl konnte sich eine Belebung des Geschäftes nicht durchsetzen. Vielfach herrscht die Ansicht vor,dass der Bezug an Saatgetreide d.h. Saatgut und Absaaten,ziemlich klein bleiben wird.Viele Besitzer dürften es vorziehen, aus ihren im Vorjahre geernteten Beständen gute Partien auszusieben und diese zu Saatzwecken zu benutzen. Die Tendenz war im allgemeinen ruhig. Für Weizen herrschte feste Stimmung,Roggen blieb stetig. Guter Saathafer war wenig angeboten und rege gesucht. Auch in Hülsenfrüchten, Kleesaaten und Gräsern herrschte nur wenig Geschäft. Einige Beachtung fanden Gründüngersaaten; Seradella konnte ihre Preislage gut behaupten. Für märkische Ware und solche aus der Grenzmark wurden 13 bis 15 Mark je Zentner erzielt. Lupinen in gelber Ware begegneten gleichfalls einiger Nachfrage. Der Preis stellte sich auf 8 bis 9 Mark. Recht wenig Beachtung fanden dagegen blaue Lupinen, die mit 7 Mark bewertet wurden. Im Hülsenfrüchten kamen nur sehr wenige Umsätze zustande.Viktoriaerbsen fanden fast keinerlei Beachtung;einige kleine Partien in kleinen Speiseerbsen konnten umgesetzt werden. Sehr stark angeboten war Thymothee,ohne auch nur zu niedrigen Preisen Geschäft zu finden.Auch in den übrigen Gräsern herrschte wenig Geschäft. Einige Umsätze erfolgten in Kleesaaten. Rotklee in polnischer Ware reichlich angeboten und konnte zumeist ziemlich hohe Preise erzielen, wenngleich die Spitzenpreise nicht sehr behauptet waren. Die Ernte in Schlesien scheint sehr klein ausgefallen zu sein.Die Preise schwanken zwischen 72 und 84 Mark. Weissklee, der sehr knapp war,erzielte 95 bis 125 Mark. Auch Gelbklee stand nur in ungenügenden Quantitäten zur Verfügung und wurde mit etwa 35 bis 42 Mark bezahlt. Desgleichen war Wundklee sehr knapp (78 bis 85 Mark). Inkarnatklee hatte keinerlei Geschäft. Die Forderungen stellten sich auf 22 bis 25 Mark. Für Schwedenklee werden 38 bis 50 Mark bezahlt.

---

## Berliner Viehmarkt.

(26.Januar.)

SPD. Die Abflachung der Schweinepreise setzte sich bei reichlichem Angebot auch am Dienstag fort. Der Handel war durchaus ruhig. Dagegen konnten sich die Hammelpreise bei glatten Geschäft auf dem letzten Stand halten.Bei Schafen konnten sich sogar geringe Preisgewinne durchsetzen.Auch auf dem Kälbermarkt gab es,trotzdem der Handel belebter war,die letzten Preise.Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-), b) (240-300 Pfd.) 40 (42-43) c) (200-240 Pfd.) 38-40 (40-42), d) (160-200 Pfd.) 35-38 (37-39), e) (120-160 Pfd.) 32-34 (34-36), Sauen 34-35 (36-38). Schafe: a) 38-40 (38-40) b) 28-30 (26-30), c) 32-35 (30-35) d) 23-27 (21-27). Kälber: b) 40-47 (40-48), c) 27-40 (27-38) d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-26 (24-27), b) 20-23 (20-32), c) 18-19 (16-19), d) 12-14 (12-15).

## Sehr knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Januar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Dienstag wieder festere Stimmung vorherrschend. Sie machte sich besonders beim Weizen bemerkbar, der am Lieferungsmarkt wieder um 2 Mark anziehen konnte. Effektiver Weizen konnte seinen Preis um den gleichen Betrag befestigen. Das Angebot war sehr knapp, während sich gute Nachfrage der Mühlen bemerkbar machte. Auch Roggen war sehr spärlich angeboten. Die Landwirte hielten mit ihren Offerten sehr zurück. Hier waren die Preisverminderungen nicht dringlich. Sie beschränkten sich im handelsrechtlichen Lieferungsmarkt auf ½ Mark, während Lokoroggen 1 Mark anziehen konnte. Der Mehlmarkt wurde hiervon nicht beeinflusst. Die Nachfrage war wieder sehr gering geworden. Die Umsätze erfolgten zu unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte ruhige Stimmung bei laufenden Konsumgeschäft.

| | 25.Jan. | 26.Jan. |
|---|---|---|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 230 - 232 | 232 - 234 |
| Roggen | 196 - 198 | 197 - 199 |
| Braugerste | 158 - 168 | 158 - 168 |
| Futter= und Industriegerste | 153 - 158 | 153 - 158 |
| Hafer | 138 - 146 | 139 - 147 |
| Weizenmehl | 28,00 - 31,75 | 28,00 - 31,75 |
| Roggenmehl | 27,10 - 29,40 | 27,25 - 29,50 |
| Weizenkleie | 9,60 - 10,-- | 9,60 - 10,-- |
| Roggenkleie | 9,60 - 10,00 | 9,60 - 10,00 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 246-247 (Vortag 245), Mai 255-256 (253¾), Roggen März 208-208½ (208), Mai 213 (213), Hafer März 160¾-161¼ (160), Mai 168½-169 Geld (168¼).

---

## Rauhfutternotierungen.

(26. Januar 1932)

| | |
|---|---|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | .... RM 0,80 - 1,00 |
| " " Weizenstroh " | .... RM 0,60 - 0,70 |
| " " Haferstroh " | .... RM 0,70 - 0,85 |
| " " Gerstenstroh " | .... RM 0,65 - 0,75 |
| Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt | .... RM 0,85 - 1,00 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh | .... RM 0,70 - 0,80 |
| " " Weizenstroh | .... RM 0,55 - 0,65 |
| Häcksel | .... RM 1,30 - 1,50 |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken | .... RM 1,20 - 1,40 |
| Gutes Heu, gesund und trocken | .... RM 1,70 - 2,00 |
| Luzerne, lose | .... RM 2,40 - 2,70 |
| Thymothee, lose | .... RM 2,35 - 2,65 |
| Kleeheu, lose | .... RM 2,25 - 2,55 |
| Drahtgepresstes Heu | .... RM 0,30 über Notiz. |

Tendenz behauptet.

---

Gewerkschaftliche Rundschau

## Löhne und Lebenskosten.

### Ein internationaler Vergleich

SPD. Das Internationale Arbeitsamt hat,wie aus der Verwaltungsratstagung hervorging, die sogenannte Ford=Enquête abgeschlossen. Diese Erhebung,die auf Grund von Arbeitgeberanträgen im Verwaltungsrat vor wenigen Tagen wieder zurück gezogen werden musste, zeigt, dass das Internationale Arbeitsamt die ihm gestellte Aufgabe in einem umfassenden sozialpolitischen Sinne gelöst hat.

Für Ford kam es darauf an, zu wissen, welchen Lohn er in 14 europäischen Städten, wo er Filialbetriebe zu eröffnen beabsichtigte, den Arbeitern zahlen müsse, um ihnen die gleiche Lebenshaltung zu ermöglichen,wie sie die Ford=Arbeiter in Detroit haben. In Anbetracht der Fragestellung ist die Untersuchung im wesentlichen auf einen Vergleich der Lebenshaltungskosten in Berlin, Frankfurt/Main, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Paris, Marseille,Antwerpen, Rotterdam, Manchester, Cork (England), Warschau, Barcelona und Konstantinopel mit denen in Detroit abgestellt. Die Erhebung geht von dem durchschnittlichen Verbrauch einer vier= bis fünfköpfigen Arbeiterfamilie aus unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Einkommens eines Fordarbeiters. Der Vergleichswert der Erhebung ist naturgemäss nur ein begrenzter. Trotzdem sind die Ergebnisse sehr interessant.

Vergleicht man unter den genannten Voraussetzungen die Lebenshaltungskosten in Detroit und Berlin für Nahrungsmittel, Kleidung, Miete, Heizung und Licht und Sonstiges, so ergeben sich folgende Zahlen:

| | Detroit | Berlin |
|---|---|---|
| Nahrungsmittel | 32,3 % | 47,9 % |
| Kleidung | 12,2 % | 14,6 % |
| Miete, Heizung und Licht | 28,6 % | 16,9 % |
| Sonstiges | 26,9 % | 20,6 % |

Demnach hat der deutsche Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden als der Amerikaner. Dagegen sind in Amerika die Aufwendungen für Miete, Heizung und Licht höher als bei uns. Der für "Sonstiges" übrig bleibende Teil ist für den Amerikaner höher. In ihm sind neben den Steuern die Sozialversicherungsbeiträge enthalten,die für den Amerikaner nicht in Frage kommen. Hier hat also der Amerikaner eine wesentlich grössere Bewegungsfreiheit. Allerdings zeigen die Folgen der Krise,dass der amerikanische Arbeiter infolge des Fehlens einer Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit oder bei Krankheit sich in einer wesentlich schlechteren Lage befindet als der deutsche Arbeiter.

Die Erhebung umfasst sehr weitgehend alle im Haushalt erforderlichen Artikel. Diese Tatsache war der Arbeitgeberpresse Anlass, mit witzigseinsollenden, in Wirklichkeit aber nur dämlichen Bemerkungen die Erhebung herunterzureissen. So schrieb ein Schmok im Berliner Lokal=Anzeiger, eine Organisation, die sich mit den Posten für Nachthemden, Strumpfbändern, Frauenhemden,Korsetts und Wäsche befasse, sei wert, dass man ihr eine Nachtmütze stifte.

Der Wert der Erhebung besteht vor allem darin,dass einmal die Lebenshaltungskosten einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie in den wichtigsten Ländern so einwandfrei wie möglich ermittelt wurden. Es hat sich dabei ergeben, dass nach Detroit in Europa die teuersten Städte Frankfurt a/Main und Berlin sind. Ihnen folgen Kopenhagen, Cork und Paris. Am billigsten sind Barcelona,

Antwerpen, Konstantinopel und Warschau, während die Lebenshaltungskosten in Helsingfors, Marseille, Manchester und Rotterdam dazwischen liegen. Wenn man aus der Erhebung die von Ford gestellte Frage beantworten will, dann ergibt sich, dass eine Ford-Fabrik in Berlin ihren Arbeitern 10 bis 17 Prozent weniger in Dollar zu zahlen hat, um ihnen dieselbe Lebenshaltung zu ermöglichen wie einem Arbeiter in Detroit. Diese Feststellung ist sehr interessant, weil im allgemeinen auch in Fachkreisen die Meinung vorherrscht, dass die Lebenshaltungskosten in Amerika wesentlich höher seien, als sie in der festgestellten Differenz von höchstens 17 Prozent zum Ausdruck kommen. Man kann also verstehen, warum die Arbeitgeber und insbesondere die deutschen Arbeitgeber in Genf die Zurückziehung der Erhebung verlangten.

Selbstverständlich wird man einwenden, dass die Vergleichsgrundlagen vom 1. Januar 1931 infolge der Preissenkungen nicht mehr stimmen; aber ebenso positiv kann gesagt werden, dass mindestens in Deutschland die Löhne unter dem Druck der Krise noch rascher gesunken sind als die Preise, und dass sich demnach die Lage der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert hat. Die Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes, die zum erstenmal in diesem Umfang und in dieser Genauigkeit die Lebenshaltungskosten weichtiger Städte in Amerika und Europa ermittelte, behält unter allen Umständen ihren relativen Vergleichswert.

Der Kampf der Arbeitgeber gegen die Sozialstatistik entspringt nicht sachlichen Gründen. Er erklärt sich ganz einfach aus der Tatsache, dass jede Klärung der sozialen Verhältnisse in internationalem Ausmass immer mehr zu der Erkenntnis führt, dass unter dem System der Privatwirtschaft die Produktion nicht in der Lage ist, trotz allen Reichtums an Gütern und trotz allen technischen Fortschritts die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Jede wissenschaftliche Erhebung zeigt immer wieder aufs neue, dass anstelle der individualistischen Privatwirtschaft ein System treten muss, das die Güter und Produktionskräfte der Welt allen Menschen zugänglich macht. Zu dieser Erkenntnis verhilft uns auch die Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes. Der Versuch der Dunkelmänner, das Bekanntwerden dieser Erhebung durch ihren Zurückziehungsantrag zu verhindern, wird den Vormarsch dieser Erkenntnis nicht aufhalten.

---

SPD. Zahllos sind die Schmutzereien und Schurkereien, die sich die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in ihrer Hetze gegen die Gewerkschaften geleistet hat. Jetzt hat sie sich aber in ihrer Niedertracht selbst übertroffen.

Erster Akt: Im September 1931 versuchten die Danziger Hafenbetriebsunternehmer den Lohn der Hafenarbeiter von 11,10 auf 8,60 Gulden zu drücken. Der Widerstand des Gesamtverbandes machte ein Schlichtungsverfahren notwendig. Es kam zu einem Schiedsspruch, der den Tagelohn auf 10 Gulden herabsetzte. In der Nachverhandlung gelang es den Verbandsvertretern, eine Erhöhung des im Schiedsspruch erlangten Lohns auf 10,5 Gulden durchzusetzen. Das war angesichts der Unternehmerforderung sowie im Hinblick auf die Haltung der Danziger Nazi-Regierung und die katastrophale Arbeitslosigkeit im Hafen und vor allem unter Berücksichtigung der billigen Konkurrenz durch den polnischen Nachbarhafen Gdingen ein nicht hoch genug anzuschlagender Erfolg.

Zweiter Akt: Als die Vereinbarung für verbindlich erklärt wurde und damit der Organisation jede Möglichkeit einer Kampfhandlung genommen war, riegelten RGO-Leute und ihre klassenbewussten Unorganisierten den Hafen ab. Der Streik ging weiter und ging natürlich verloren, da "die RGO führte". An der Niederlage waren selbstverständlich die "Arbeiterverräter" und "Sozialfaschisten" des Gesamtverbandes schuld. In allen kommunistischen Zeitungen an der Wasserkante wurde der Gesamtverband wegen des verlorenen Streiks in-

Danzig als "Verräter" beschimpft.

Dritter Akt: Der Danziger Hafenbetriebsverein hat den Gesamtverband auf Schadenersatz verklagt, weil er den Streik - trotz der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs unterstützt habe. Und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition? Sie hat dem Danziger Hafenbetriebsverein die Kronzeugen geliefert. Vier "klassenbewusste" revolutionäre Mitglieder der RGO, haben sich dem Hafenbetriebsverein verpflichtet, unter Eid zu bezeugen, dass der Gesamtverband die Streikenden - unterstützt habe.

Ist eine grössere Niedertracht denkbar? Der Gesamtverband wird beschimpft, weil er den Streik nicht unterstützt habe und derselbe Gesamtverband wird von derselben RGO den Unternehmern als Unterstützer des Streiks denunziert, nur damit der Gesamtverband in der Schadenersatzklage verlieren soll.

Wir fragen: Gibt es in Deutschland noch einen Arbeiter, der mit einem solchen Lumpengesindel noch einen Funken Sympathie haben kann?

---

SPD. Der Beirat des Deutschen Baugewerksbundes nahm in diesen Tagen auf seiner ersten diesjährigen Sitzung Stellung zu den gegenwärtigen drei Hauptsorgen der Bauarbeiter: Arbeitsbeschaffung, Lohnabbau und Erhaltung der finanziellen Schlagkraft der Organisation.

Arbeitsbeschaffung - so führte der Verbandsvorsitzende Bernhard aus - sei zurzeit die wichtigste Aufgabe; denn nur noch etwa 10 Prozent Mitglieder des Bundes hätten Arbeit. Die Frage der Arbeitsbeschaffung sei in der Denkschrift des Bundes eingehend erörtert und die notwendigen Forderungen seien der Regierung und der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Aus sozialen Erfordernissen müsse vor allem dem Siedlungswesen grösste Aufmerksamkeit zugewendet werden. Dabei verlangten die Bauarbeiter - und das gelte auch für die vorstädtischen Kleinsiedlungen und für die sogenannten Erwerbslosensiedlungen - dass alle Bauwerke von Baufacharbeitern ausgeführt werden; denn nur sie seien in der Lage, dauerhafte Bauten herzustellen. Vor den Ersatz-Baumitteln müsse gewarnt werden. Wenn man die Erwerbslosensiedlungen von fachunkundigen Leuten, etwa im Weg der Nachbarhilfe oder des Freiwilligen Arbeitsdienstes, ausführen lasse, dann werde man erleben, dass dieser Pfusch sehr bald reparaturbedürftig, wenn nicht gar baufällig werde. Der Massivbau müsse unter allen Umständen auch die Bauweise für die Kleinsiedlungen sein. Diese Forderung habe der Vorstand des Verbandes dem Reichsarbeitsminister bereits unterbreitet; und der Minister sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass bei sparsamer Materialwirtschaft und rationeller Arbeitsorganisation auch bei Tarifentlohnung mit den in Aussicht gestellten Mitteln Häuser in Massivbau errichtet werden können.

Die Problematik des freiwilligen Arbeitsdienstes im Vorstadt- und Erwerbslosen-Siedlungsbau wurde in den Sonderberichten einiger Sachbearbeiter scharf herausgestellt. Der Arbeitsdienstfreiwillige habe keinen Anspruch auf Tariflohn und seine Sozialrechte seien eingeengt; seine Arbeit komme jedoch vielfach teurer zu stehen als die des Baufacharbeiters. In Schlesien hätten z.B. die Kosten für einen Arbeitsdienstwilligen bei einer "gemeinnützigen, zusätzlichen" Arbeit trotz offenkundiger Minderleistung 36 Mark pro Woche betragen, während der reguläre Tariflohn für eingearbeitete Erdarbeiter 27,84 ℳ pro Woche betrage.

Ueber die Ergebnisse des Lohndiktats der Reichsregierung berichtete Scheibel. In vielen Gegenden ist der Lohn bis zu 16 Prozent abgebaut worden.

Der Beirat beschloss, die Invalidenunterstützung des Bundes in ihren Sätzen um die Hälfte zu kürzen. Es handelt sich hier um eine Notmassnahme, die bei Besserung der Verhältnisse wieder aufgehoben wird.

---